

Karibische Verhältnisse – das Aus für eine linke Politik?

Thesenpapier zur Jamaika-Debatte von Maximilian Pichl¹

Am 11. Oktober 2009 entschied ein Landesparteitag der Saarländischen Grünen Koalitionsverhandlungen mit CDU und FDP aufzunehmen. Nach dem schwarz-grünen Bündnis in Hamburg könnte das Saarland damit das zweite Bundesland werden wo die Grünen mit der CDU regieren (in diesem Fall zusammen mit der FDP) – obwohl eine linke Mehrheit rechnerisch möglich gewesen wäre. Bei zweistelligen Prozentverlusten auf Seiten der CDU ist auch fraglich, ob damit dem WählerInnenwillen Rechnung getragen wurde.

Vorausgestellt sei, dass die Entscheidung im Saarland eine Entscheidung des Landesverbandes war und dieser sie natürlich autonom treffen kann. Auch darf man die Koalitionsverhandlungen mit Schwarz-Gelb nicht zu hoch hängen. Jedoch muss man analysieren, welche Auswirkungen die Jamaika-Koalition auf die Grünen insgesamt haben könnte. Denn durch das Saarland hat zu mindestens eine Enttabuisierung von Jamaika stattgefunden. In diesem Papier wird der Standpunkt vertreten, dass die Grünen mit Jamaika sich von einer linken Politik abwenden und perspektivisch an die CDU und FDP binden.

These 1: Das Saarland setzt den Trend

Bis zu der Bundestagswahl 2013 finden kaum noch Landtagswahlen statt bei denen rot-rot-grüne Bündnisse oder auch Ampel-Regierungen möglich werden. Im nächsten Jahr findet die Landtagswahl in NRW statt, dort gäbe es die einzige Möglichkeit ein rot-rot-grünes Bündnis als Modellprojekt umzusetzen. Dies ist auch notwendig um auszutesten, ob sich diese Konstellation auch für eine Regierung im Bund eignet. Jedoch ist die Linkspartei in NRW heillos zerstritten und deutlich dogmatischer als andere Landesverbände. Die Chance auf rot-rot-grün hängt zu großen Teilen davon ab, wie sich der linke Landesverband entwickelt und ob die Linkspartei bereit wäre Verantwortung im größten Bundesland zu übernehmen.

In Rheinland-Pfalz ist rot-rot-grün mehr als unwahrscheinlich, denn der Einzug der Linkspartei und auch der Grünen ist dort nicht sicher. Die SPD könnte bei einem ähnlichen Ergebnis wie 2006 mit einer absoluten Mehrheit weiter regieren oder eine Neuauflage von rot-gelb anstreben.

Jedoch deuten auch Anzeichen daraufhin, dass in Rheinland-Pfalz ein weiteres Jamaika-Bündnis in Planung ist. In vielen Kommunen werden derzeit Jamaika-Bündnisse umgesetzt bzw. gelten als realistische Option. Der angeschlagene CDU-Landesverband versucht sich in den Kommunen den Grünen anzubiedern, damit ein solches Modell auch für die Landtagswahlen 2011 in Erwägung gezogen werden kann. Die Rechnung könnte aufgehen, denn die regierende SPD hat mit einigen Skandalen zu kämpfen (Kohlekraftwerk Mainz, Nürburgring etc.) und könnte 2011 eine Klatsche erhalten.

¹ Der Autor ist Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND und studiert Jura und Politikwissenschaft in Frankfurt am Main

In Baden-Württemberg stehen die Zeichen klar auf Schwarz-Grün. Dieses Modell wird von vielen Bündnisgrünen und CDUlerInnen schon seit Jahren favorisiert. Von deutlichen Stimmenzuwächsen für die SPD ist in Baden-Württemberg auch nicht auszugehen, genauso wenig mit einem Einzug der Linkspartei in den Landtag. Parallel zu Baden-Württemberg haben auch einige Grüne aus Bayern bereits die Fühler zur CSU und zur FDP ausgestreckt.

Berlin und Bremen bleiben daher als realistische Optionen übrig. In Berlin könnten die Grünen sogar das Unglaubliche schaffen und die SPD als stärkste Kraft ablösen, wenn sie das Fundament, welches sie bei den vorangegangenen Wahlen aufgebaut haben erweitern. Jedoch zeigen sich die Grünen auch in Berlin nach allen Seiten offen. Berliner Zeitungen gaben CDU, FDP und Grünen daher schon den Namen Jamaika-Opposition. Eine linke Regierungsmehrheit wackelt daher auch in Berlin.

In Bremen dürfte die Rot-Grüne Regierung nach 2011 weitermachen, vielleicht sogar in Kooperation mit der Linken.

Es offenbart sich eine ernüchternde Perspektive. Am Anfang des Jahres 2013 könnten in vier Bundesländern, darunter zwei Flächenstaaten, Jamaika bzw. Schwarz-Grüne Bündnisse an die Macht kommen. Damit verspielen sich die Grünen auch die Gelegenheit eine ernstzunehmende Opposition gegen die Schwarz-Gelbe Regierung im Bund anzuführen. Der Bundesrat hätte die Möglichkeit geboten den sozialen Kahlschlag von Schwarz-Gelb zu mindestens abzufedern. Auch gesellschaftliche Bündnisse mit Gewerkschaften oder anderen Gruppierungen werden unglaubwürdig, wenn die Grünen in Regierungen mit den Parteien zusammen arbeiten, die diametral der Politik der außerparlamentarischen Opposition entgegenstehen.

Die Grünen könnten zu der nächsten Scharnierpartei werden, zu einer FDP, wie man sie aus den 70er und 80er Jahren kannte. Wenn sich grüne SpitzenpolitikerInnen und Landesverbände als Partei der Mitte verstehen, dann ist die Abwendung von einer linken und emanzipatorischen Politik zu mindestens in Teilen bereits vollzogen.

These 2: Die soziale Frage in den Mittelpunkt

Hamburg und das Saarland zeigen, dass der Realflügel innerhalb der Grünen Entscheidungen für oder gegen politische Bündnisse von der Energie- und Bildungspolitik abhängig macht. Im Saarland konnte der CDU eine Abschaffung der Studiengebühren, längeres gemeinsames Lernen und ein Bekenntnis zum Atomausstieg abgerungen werden, das gleiche passierte in Hamburg ebenfalls. Auch andere Landesverbände stimmen in diesen Tenor ein:

Der NRW-Sprecher Arndt Klocke meinte dazu in der taz, dass die Entscheidung beweise, "dass die Grünen gesprächsbereit sind, mit allen Parteien grüne Inhalte durchzusetzen". Für die NRW-Grünen komme Jamaika "nicht in Frage, es sei denn, CDU und FDP verändern sich in Punkten wie der Schul- und Energiepolitik".

Natürlich ist es gut, wenn sich auch Parteien wie die CDU oder FDP in die

richtige Richtung bewegen und ihre alten Ideologien ablegen. Es ist aber noch unsicher was in dem entsprechenden Koalitionsvertrag im Saarland letztendlich steht. In Hamburg hat man sich z.B. zu einem fragwürdigen Modell nach gelagerter Studiengebühren entschieden. Sicher sind diese ein Fortschritt gegenüber der vorherigen Situation, aber auch gegen dieses Modell wird seitens vieler StudentInnengruppen mobilisiert.

Das dreigliedrige Schulsystem ist eine Struktur, die sich derzeit selbst überlebt. Alleine aus pragmatischen und empirischen Gründen wird die Hauptschule in naher Zukunft keine ausreichenden SchülerInnenzahlen mehr aufweisen und abgeschafft werden. Die CDU musste zudem bei vielen Landtagswahlen schmerzlich erfahren, dass ihre Bildungspolitik nicht mehr mehrheitsfähig in der Gesellschaft ist. Bildung ist das Top-Thema in den Ländern und SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gehen auf die Straße gegen die verbohrtete Schulpolitik von Koch, Oettinger, Wulff und Co. Daher ist eine Abwendung von diesem System nur eine Frage der Zeit und sie hätte sich höchstwahrscheinlich auch ohne die Grünen realisiert. Zudem geht es bei der Bildungspolitik nicht nur um die äußere Struktur. Ein integriertes Schulsystem bietet natürlich den besten Rahmen für eine progressive Pädagogik. Aber dieser Rahmen muss auch mit Inhalt gefüllt werden. Wir brauchen ein demokratisches Schulsystem, individuelle Entfaltungsmöglichkeiten für die SchülerInnen, echte Ganztagsangebote und eine Abkehr von den alten pädagogischen Modellen ala Ziffernnoten und Frontalunterricht. Aber genau diese Forderungen haben CDU und FDP immer wieder zurückgewiesen und durch ihre Politik konterkariert. Die Gefahr besteht, dass die Grünen sich bei vollmundigen Versprechen von CDU und FDP etwas vortäuschen lassen.

Als Grüne wollen wir möglichst viele Forderungen von uns in einer Regierung durchgesetzt sehen und daher ist dieses Papier kein Aufruf zu einem unreflektierten Verharren in der Oppositionsrolle. Aber das ärgerliche ist, dass es im Saarland eine konkrete Alternative mit rot-rot-grün gab, bei der die gleichen Angebote und noch mehr an die Grünen gerichtet wurden.

Die Frage bleibt, was die Grünen für Eingeständnisse machen, wenn sie in der Energie- und Bildungspolitik ihre Inhalte durchsetzen können. In den nächsten Jahren wird vor allem die soziale Frage eine große Rolle spielen und genau auf diesem Themengebiet haben die Grünen eines der größten Glaubwürdigkeitsprobleme. Eine linke und emanzipatorische Partei muss sich auch für die soziale Gerechtigkeit einsetzen und einen Weg finden, wie sich Ökologie und Sozialpolitik miteinander verbinden lassen können. An die CDU und die FDP lassen sich in dieser Frage keine großen Erwartungen richten, im Gegenteil klaffen die Parteiprogramme der drei Parteien an diesem Punkt weit auseinander. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass die Grünen aus einer Sachzwanglogik heraus und komatisiert durch die vermeintlichen Erfolge in den Koalitionsverträgen, auch den Sozialabbau mittragen werden, wie sie es bereits unter Rot-Grün getan haben. Mindestlöhne, Sozialtickets, kommunale Aktionspläne gegen Rechtsextremismus oder Armut sind mit der CDU und FDP nicht in der gleichen Weise zu realisieren, wie mit einer linken Politik. Im Bund könnten die Grünen Gefahr laufen sich einer neoliberalen Steuer- und Privatisierungspolitik anzunähern.

Die Grünen müssten die Partei sein, die 2013 neue Konzepte und neue Alternativen präsentiert und dabei auch noch Mut für gesellschaftliche Visionen beweist. Dies können sie jedoch nicht, wenn sie sich als Partei der Mitte verstehen und ihre Optionen nach allen Seiten hin offen halten wollen.

These 3: Unsere WählerInnen sind links!

Bei der ganzen Debatte sollte beachtet werden, welches Selbstverständnis eigentlich die Mehrheit unserer WählerInnen hat. Hierfür können zwei Studien als repräsentativ gelten: eine parteinterne Studie aus dem Jahr 2009 und eine Zeit-Umfrage aus dem Jahr 2007. Außerdem werden die Zahlen der Bundestagswahl 2009 hinzugezogen.

In der parteiinternen Umfrage wird klar, dass für grüne AnhängerInnen die soziale Gerechtigkeit und der Umweltschutz den höchsten politischen Wert genießen. Lediglich neun Prozent der WählerInnen finden eine Schwarz-Grüne Regierung gut. Höchstwerte erreichen Rot-Grün, Rot-Rot-Grün und die Ampel.

Die Zeit-Umfrage wollte hingegen ermitteln, wie stark sich Menschen in Deutschland als links definieren. Besonders die Grünen-WählerInnen bezeichnen sich laut der Studie als Mitte-Links bis Stark-Linke AnhängerInnen. Für Grüne ist die Solidarität wichtiger als der Leistungsgedanke, der vor allem das Weltbild der FDP-WählerInnen beherrscht. Grüne WählerInnen wünschen sich auch zu 71 Prozent eine deutliche Stärkung der Gewerkschaften. Die Studie zeigt, dass die WählerInnen der Linkspartei und der Grünen sich fast gleichauf als links definieren, dahinter folgen die WählerInnen der SPD, während die FDP-WählerInnen sich am klarsten vom Linksbegriff abgrenzen.

Die Bundestagswahl untermauert zusätzlich, dass sich unsere WählerInnen womöglich viel stärker links definieren als unsere Partei sich vielleicht zugestehen will (die folgenden Zahlen beruhen auf der Infratest Dimap Analyse). Die WählerInnenwanderungszahlen zeigen, dass wir hauptsächlich Stimmen der SPD gewonnen haben (ca. 800.000) und nur 60.000 von der CDU. An die Linkspartei haben wir sogar 130.000 Stimmen verloren. Besonders ärgerlich ist der große Verlust an die NichtwählerInnen, da wir als Grüne gerade eine Partei waren, die sich immer für eine andere politische und partizipative Kultur stark gemacht hat. Die meisten WählerInnenwanderungen fanden zwischen SPD, Grünen und Linkspartei statt, es gab nur einen marginalen Austausch mit FDP und CDU – was auch der These widerspricht, die politischen Lager hätten sich klar aufgelöst. Unser größtes Potenzial haben wir bei den JungwählerInnen (15 Prozent bei den ErstwählerInnen). Auch die U18-Wahl hatte gezeigt, dass eine Mehrheit der jungen Menschen in Deutschland ein rot-rot-grünes Bündnis gewählt hätte. Gerade diese Gruppe könnte sich von den Grünen und der GRÜNEN JUGEND abwenden, wenn die Partei in die Mitte rückt.

Laut Infratest ist die grüne WählerInnenschaft besonders homogen. Sie setzt sich zusammen aus StudentInnen, hochgebildeten Angestellten, Selbständigen und BeamtInnen. Diese bezeichnen sich im Übrigen in der Mehrzahl als politische Linke – eine deutliche Abgrenzung zu CDU und FDP-WählerInnen, die

sich als VertreterInnen des Bürgertums verstehen.

Interessant ist auch die Auswirkung der Koalitionsaussage auf das Wahlverhalten. Eine Jamaika-Koalition auszuschließen war die richtige Entscheidung, ansonsten hätten wir nicht diese massiven Zugewinne seitens der SPD bekommen. Die wenigsten Stimmenzuwächse haben die Grünen in Hamburg bekommen (dort regiert Schwarz-Grün) und im Saarland (dort war die Jamaika-Debatte gerade entbrannt).

Alle drei Analysen zeigen: die Grünen sind keine Partei der Mitte, ihre WählerInnen schon gar nicht. Die meisten grünen WählerInnen definieren sich als links und wer dies abstreitet, der verkennt den WählerInnenwillen.

Es macht strategisch keinen Sinn die Grünen als Kraft jenseits der Lager oder als Mitte-Partei zu deklarieren. Solche Aussagen wirken vielmehr entpolitisiert und führen zu einer Beliebigkeit. Wir sollten vielmehr unseren WählerInnen folgen und uns auch als linkslibertäre Partei verstehen.

These 4: Die Linke gewinnt den Strategiekampf

Die Linkspartei dürfte von diesen Entwicklungen am stärksten profitieren. Bei der Bundestagswahl haben die Grünen bereits WählerInnen an die Linke verloren und dieser Erosionsprozess könnte weiter gehen, wenn die Linke sich als einzige Partei profiliert, die für die soziale Gerechtigkeit kämpft. Zudem ist die Linke in einer strategisch äußerst günstigen Position. Gregor Gysi machte bereits in einem Interview mit der FAZ deutlich, dass er ein klares Bekenntnis von SPD und Grünen zu einer linken Politik vermisst. Er spielte damit auf die gescheiterten Koalitionsverhandlungen im Saarland und in Thüringen an. In beiden Ländern wollte die Linkspartei mit regieren und neue linke Bündnisse schmieden. In Thüringen versagte sich jedoch die SPD und im Saarland die Grünen. Die Linke kann daher selbstbewusst sagen, dass jeder Mensch, der sich eine linke Regierung und eine linke Politik in Deutschland verspricht, daher nur die Linkspartei wählen könne. Als neue Parteichefin neben Gregor Gysi wird zudem Katja Kipping gehandelt, die eine deutlich stärkere Integrationskraft besitzt als Oskar Lafontaine. Gerade JungwählerInnen und Akteure in den gesellschaftlichen Bündnissen könnten von einer Katja Kipping angezogen werden.

These 5: Für eine linksemanzipatorische Politik

Sollen diese Entwicklungen noch aufgehalten werden, dann brauchen die Grünen eine personelle und inhaltliche Erneuerung, die ihren Namen auch verdient. Erneuerung heißt dabei nicht gleich junge Leute, wir brauchen vor allem glaubwürdige Personen, die in ihren Themengebieten Fachkenntnis mitbringen und in den gesellschaftlichen Bündnissen fest verankert sind.

Zutreffend titelte Ulrike Winkelmann in der taz „Tausche Glaubwürdigkeit gegen Macht“ (Artikel vom 12.10.2009). Gerade im Saarland war die aktuelle Politik der CDU abgewählt. Peter Müller hatte 13 Prozent der Stimmen verloren und die Grünen hatten im Wahlkampf noch einen Politikwechsel angekündigt. Nun

dienen sie als Steigbügelhalter dieser abgewählten Politik.

Wenn sich die Grünen jetzt in eine strategische Positionen der Beliebigkeit hinein begeben und die SPD die Chance nutzt sich in den nächsten vier Jahren zu erneuern, dann ist die Gefahr groß, dass die Grünen 2013 erneut bei mageren 6 bis 8 Prozent stehen. Dann dürfte es nicht um die Frage gehen, ob rot-rot-grün möglich ist, dann geht es um eine Machtperspektive für Rot-Rot – die Grünen werden dann vielleicht gar nicht mehr gebraucht.

Die deutschen Grünen haben auch eine Verantwortung für die gesamte grüne Bewegung. Wir sind eine der stärksten grünen Parteien in einer der größten Volkswirtschaften der Welt und haben im Europäischen Parlament den größten Anteil an der Fraktion. Wenn sich die deutschen Grünen zu einer Scharnierpartei entwickeln, dann wird dies auch Auswirkungen auf andere grüne Parteien haben.

Das Ziel einer emanzipatorischen Politik innerhalb der Grünen muss es sein für soziale Projekte und Visionen zu werben. Wir müssen zeigen, dass wir wirklich die politische Alternative sind und dass wir nicht zuerst Angebote an die Parteien, sondern Angebote an die Menschen machen. Nur so macht Grün Pur Sinn! Die Grünen profitieren derzeit von einem grünen Lebensgefühl, welches in der Gesellschaft verankert ist. Jeder will ein bisschen grün sein, die linke Aktivistin genauso wie der reiche Manager, der sich teure Bio-Produkte leistet. Wenn jedoch die soziale Frage und die Spaltung der Gesellschaft in den Fokus der politischen Auseinandersetzung tritt, dann werden die Grünen kein Angebot haben mit dem sie die WählerInnen von sich überzeugen können. CDU und FDP sind weiterhin in einem sturen Wachstumsdenken und ihrer Vollbeschäftigungsrhetorik verharren. Die Grünen hätten die historische Möglichkeit aus diesen Dogmen auszubrechen und mit einer Weiterentwicklung des Green New Deal einen wirklichen Gesellschaftsvertrag den Menschen anzubieten, der Lösungen für den Klimawandel, den Sozialstaat und das Zusammenleben der Menschen bereithält.

Trotzdem bleiben offene Fragen bestehen. Muss man nicht vielleicht angesichts der derzeitigen Lage doch in ein Lagerdenken zurückkehren? Oder muss man die grüne Eigenständigkeit anders formulieren und neue Prämissen für diese setzen? Fragen, die ich offen in den Raum stelle, weil auch ich keine adäquate Antwort habe. Fest steht jedoch: Die Grünen müssen sich als linkslibertäre Partei verstehen. Dafür muss Jamaika aber wirklich in der Karibik bleiben.